

Finanzen: Arbeitsgruppe der Bürgerliste hat Haushaltspläne der Gemeinde analysiert

LBL: Bürger müssen mit noch höheren Gebühren rechnen

Lautertal. Die Lautertaler Bürgerliste (LBL) vermisst "Klarheit und Transparenz" im Haushalt der Gemeinde. In einer Mitteilung berichtete die Gruppe über die Ergebnisse von Sitzungen ihrer Arbeitsgruppe Haushalt und Finanzen in den Sommerferien. Dabei hätten sich die LBL-Mitarbeiter "intensiv mit der Haushaltssituation der Gemeinde" befasst. Dabei sei klargeworden, dass weitere Gebührenerhöhungen drohten.

"Viele der im Etat aufgelisteten Aufgaben und die damit verbundenen Ausgaben konnten nicht konkret zugeordnet werden oder sind pauschal zusammengefasst. Auf der Einnahmeseite gibt es ein noch gravierenderes Defizit: Einige der hier ausgewiesenen Beträge werden mit allergrößter Wahrscheinlichkeit so nicht in die Gemeindekasse fließen", stellt die LBL fest.

Dies sei ein Problem, weil die Fehlbeträge der Haushalte der vergangenen Jahre in das Haushaltsjahr 2017 übertragen werden müssten und damit eine zusätzliche Belastung darstellten.

Millionenschwere Fehlbeträge

"Insgesamt haben sich bis zum Ende des Jahres 2015 seit der Umstellung auf die neue kommunale Buchführung, kurz Doppik im Jahr 2009 Fehlbeträge im ordentlichen Ergebnis in Höhe von über sieben Millionen Euro aufsummiert. Da für die Jahre 2010 und später lediglich vorläufige Rechnungsabschlüsse vorliegen, kann sich diese Summe zwar noch ändern. Tatsache ist jedoch, dass die Tilgungsleistungen nicht durch die laufenden Einnahmen abgedeckt werden können", schreibt die Bürgerliste.

Da sich die Gemeinde in der sogenannten Schutzschirmvereinbarung mit dem Land Hessen verpflichtet habe, ab 2017 einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorzulegen, müssten diese Lücken geschlossen werden. "Konkret heißt das aus Sicht der Aufsichtsbehörde - zusätzlich zu weiteren Kosteneinsparungen und dem Verzicht auf Investitionen - dass Gebühren erhöht werden müssen."

Mängelliste vom RP

Selbst wenn sich der Haushalt so ausgleichen lasse, bleibe die Lage aufgrund der "erheblichen Altschulden in Kombination mit der eingeschränkten Tilgungsfähigkeit" kritisch. "Dies bedeutet nichts anderes, als dass die Bürger für Versäumnisse der Vergangenheit weiterhin zur Kasse gebeten werden."

Den Gemeindevertretern sei im Juli ein Schreiben von Regierungspräsidentin (RP) Brigitte Lindscheid (Grüne) zur Genehmigung des Haushaltsplans 2016 zugeschickt worden. "Die Mängel und Beanstandungen haben für mehr als nur Verwunderung gesorgt. Es wurden nicht nur mehrere handwerkliche Fehler moniert, sondern der Gemeinde auch ein schlechtes Zeit- und Organisationsmanagement attestiert", stellt die LBL fest.

Dies sei unverständlich, weil gerade durch die Einführung der Doppik die Gemeindevertreter hätten in die Lage versetzt werden sollten, mit den kommunalen Finanzen nachhaltiger und bedarfsgerechter umzugehen. Hiervon sei in Lautertal nichts zu spüren. "Wie kann das Gemeindeparlament einen soliden Haushalt für 2017 beraten und auch verabschieden, wenn bisher nur der geprüfte Jahresabschluss von 2009 vorliegt und für die Jahresabschlüsse von 2013 und 2014 von der Regierungspräsidentin eine letzte Frist bis Ende September beziehungsweise Ende Dezember gesetzt wurde?"

Lindscheid fordere in ihrem Brief die Verwaltung auf, die Gemeindevertretung mindestens zweimal im Jahr über den Ablauf der Haushaltswirtschaft zu informieren, damit sie den Haushaltsvollzug kontrollieren und steuern könne. Die LBL-Fraktion habe mit einer Anfrage zur Sitzung der Gemeindevertreter morgen Abend zum Stand der Haushaltsplanungen einen ersten Schritt gemacht, die Hausaufgaben der Gemeinde anzugehen. Dem gleichen Ziel diene der gemeinsame Antrag mit der CDU, den Entwurf des Haushalts 2017 im November statt im Dezember vorzulegen.

"Es darf nicht sein, dass die Bürger mit immer höheren Gebühren und Steuern belastet werden, aber die Politik und Verwaltung ihren gesetzlich geforderten Verpflichtungen nicht nachkommen. Die LBL hat sich die Sanierung der Finanzen und die Entwicklung von Konzepten für die Zukunft zum Ziel gesetzt, um die Handlungsfähigkeit der Gemeinde wieder herzustellen, und wird dies in weiteren Schritten konsequent angehen", schreibt die LBL. *tm/red*

© *Bergsträßer Anzeiger, Mittwoch, 07.09.2016*

<http://www.morgenweb.de/region/bergstrasser-anzeiger/lautertal/lbl-burger-mussen-mit-noch-hoheren-gebuehren-rechnen-1.2949391>